

ZEIT - ONLINE

<http://www.zeit.de/wissen/gesundheit/2016-06/drogen-alkohol-tabak-drogenpolitik-alternative>

Drogen: Drogenpolitik? Eine Katastrophe!

Veraltet, realitätsfern, ohne wissenschaftliche Grundlage: Suchtforscher und Strafrechtler erheben schwere Vorwürfe. Deutschlands Drogenpolitik versage auf ganzer Linie.

Von [Alina Schadwinkel](#)

6. Juni 2016, 11:22 Uhr

Die Drogenpolitik hat versagt. Davon sind die [Herausgeber des Alternativen Drogen- und Suchtberichts](#) überzeugt und fragen: Wie kann Deutschland in Zukunft eine wissenschaftlich fundierte Drogenpolitik sicherstellen? Sicherlich nicht, indem die Bundesregierung und ihre Drogenbeauftragte eine Überprüfung des Betäubungsmittelgesetzes ablehnten, wie die Autoren in ihrer aktuellen Veröffentlichung betonen.

Ihr Bericht ist keine Studie im klassischen Sinn. Beteiligt sind Fachleute verschiedener Disziplinen, darunter Vertreter des Bundesverbands für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik, die Deutsche AIDS-Hilfe und der JES Bundesverband. Die Autoren haben Menschen nicht in einer einzelnen Umfrage nach ihrem Drogenkonsum befragt oder ausgewertet, wie viele Deutsche jährlich an den Folgen etwa von Alkohol und Tabak oder denen illegaler Substanzen sterben. Vielmehr handelt es sich um eine Sammlung von Essays, mit denen sie eine klare Kampagne verfolgen: Aufzeigen, wie fehlgeleitet die derzeitige [Drogenpolitik](#) sei – anhand von Daten, die seit Jahren zur Verfügung stehen, auch der Regierung.

110.000 tabakbedingte Todesfälle – 300 Menschen pro Tag.

Alternativer Drogen- und Suchtbericht 2016

Zum dritten Mal haben [Suchtforscher Heino Stöver](#) und Kollegen aus der Branche den Bericht nun herausgegeben. In diesem Jahr sei er wieder dringend notwendig, schreiben sie: "Weder die Bundesregierung noch ihre Drogenbeauftragte geben auf die brennenden Herausforderungen in der Drogenpolitik zeitgemäße und wissenschaftlich fundierte Antworten. Auf viele Fragen antworten sie sogar *überhaupt nicht*." Immer mehr Drogentote, verschwendete Milliarden für die [Strafverfolgung von Cannabis-Konsumenten](#) sowie anhaltend hoher Tabak- und Alkoholkonsum seien die drei wesentlichen Beispiele für das Versagen der Politik.

Tatsächlich sind sich Strafrechtler und Forscher einig: [Drogenverbote hätten kaum Wirkung](#), die Strafen für Drogendelikte seien unverhältnismäßig hoch, kaum abschreckend und überaus kostspielig. Derweil würden andere Risiken heruntergespielt.

Keine Droge ist so schädlich wie Alkohol

Eindrückliches Beispiel: Alkohol und Tabak. Sie sind seit Jahrzehnten die beliebtesten Volksdrogen. Dabei verursacht keine Droge so umfangreiche soziale und gesundheitliche Schäden wie Alkohol – eine Tatsache, die kein Wissenschaftler bestreitet. Tabak kommt gleich dahinter. In Deutschland sterben rund [200 Menschen pro Tag an den Folgen alkoholischer Getränke](#), 300 aufgrund des Zigarettenrauchens oder infolge anderer Tabakprodukte. Dennoch sind diese Drogen legal.

"Bei der Tabakkontrolle liegen wir auf einem der letzten Plätze in Europa, beim [Alkohol-Pro-Kopf-Verbrauch sind wir spitze](#)", schreiben die Autoren des *Alternativen Drogenberichts*. Es sei "in keiner Weise akzeptabel", dass die Regierung hier untätig bleibe. Sie fordern ein Werbeverbot für die beiden Suchtmittel, zudem eine höhere Besteuerung alkoholischer Getränke. "Im Handel müssten Tabak und Alkohol weniger leicht zugänglich sein."

Dabei sind es nicht allein die klassischen Drogen, die Sorge bereiten. Ende Mai hatte die Europäische Union in ihrem [Drogenbericht vor neuen Substanzen gewarnt](#). Demnach sind in Europa immer mehr synthetische Drogen erhältlich. Mehr als 560 solcher Stoffe sind mittlerweile gelistet, ihre Auswirkungen auf die Gesundheit sind zumeist noch nicht genau bekannt.

Entsprechend wichtig sei es, diese Substanzen zu kontrollieren. 2014 hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass das Inverkehrbringen solch neuer psychoaktiver Stoffe, kurz NpS, die

nicht im Betäubungsmittelgesetz erfasst sind, keinen Verstoß gegen das Arzneimittelgesetz darstellt. Seitdem ist der Umgang unregelt – ein spezielles NpS-Gesetz soll diese Lücke füllen, ein erster Entwurf liegt vor. Grob heißt es darin: Alles zunächst verbieten und Herstellung, Handel sowie Vertrieb unter Strafe stellen. Schließlich wirken die Stoffe auf das Bewusstsein ein und stellen somit eine Gefahr dar.

Das geplante Gesetz – verfassungswidrig?

Laut der Bundesärztekammer weist der Gesetzentwurf in die richtige Richtung. Das hatte sie Ende 2015 [in einer Stellungnahme](#) bekannt gegeben. Die Autoren des *Alternativen Drogen- und Suchtberichts* sind anderer Meinung: Sie halten den Entwurf in vielerlei Hinsicht für verfassungswidrig. Für sie zeigt er einmal mehr, dass die Bundesregierung aus den Erfahrungen mit Drogen der letzten Jahre kaum gelernt hat.

"Letztlich setzt das Gesetz wie bei den illegalen Drogen auf ein autoritär-kontrollierendes Grundverständnis und die Vorstellung, dass Jugendliche aufgrund möglicher Konsequenzen der Strafverfolgung signifikant weniger konsumieren", schreiben die Autoren. Diese Strategie aber gelte aus mehreren Gründen als gescheitert. Statt allumfassenden, strikten Verbote und harten Strafen brauche es die Möglichkeit, über Drogen ehrlich aufzuklären, die Gefahren und Risiken darzulegen und Empfehlungen mit dem Umgang auszusprechen.

Denn Drogen gehören in aller Welt zum Alltag. ZEIT ONLINE arbeitet deshalb beispielsweise mit dem [Global Drug Survey](#) zusammen, der weltweit größten Drogenumfrage im Netz. Ziel ist es, auf Grundlage fundierter Ergebnisse über Risiken aufzuklären, unabhängig und unvoreingenommen. Der Gedanke dabei: Drogen und ihr Konsum sollten danach bewertet werden, wie sehr sie dem einzelnen und dem Umfeld schaden.

TAZ-ONLINE

- 06.06.2016, 14:06 Uhr
- von [Hans Cousto](#)

[Alternativer Drogen- und Suchtbericht 2016](#)

Der „[Alternative Drogen- und Suchtbericht 2016](#)“ wird von den drei Bundesverbänden akzept e.V. (Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik), Deutsche AIDS-Hilfe und JES (Junkies, Exjunkies und Substituierte) e.V. herausgegeben. Ziel dieses Alternativen Drogen- und Suchtberichtes ist es, den offenkundigen Reformstau in der Drogenpolitik zu thematisieren und Vorschläge für eine Veränderung zu unterbreiten. Die Herausgeber erwarten von der Bundesregierung eine verstärkte strategische Steuerung in Drogenfragen auf der Grundlage evidenzbasierten Wissens.

Der „[Alternative Drogen- und Suchtbericht 2016](#)“ sollte zur Pflichtlektüre für alle Parteipolitiker, für alle Richter sowie für alle Polizeibeamte erklärt werden. Dann gäbe es die Hoffnung, dass sich auch in Deutschland eine Mehrheit für eine wissenschaftlich fundierte Drogenpolitik engagiert und sich von den nicht selten kontraproduktiven fundamentalistischen Ansätzen verabschiedet. Die folgenden Passagen aus dem Bericht zeigen die Schwerpunkte auf, denen die Autoren besondere Aufmerksamkeit gewidmet haben.

Perspektiven zukunftsweisender Drogenpolitik in Deutschland

Immer mehr Drogentote, verschwendete Milliarden für die wirkungslose und sogar kontraproduktive Strafverfolgung von Cannabiskonsumenten, anhaltend hoher Tabak- und Alkoholkonsum: drei Beispiele für die Folgen verfehlter Drogenpolitik. Wirksame Gegenmaßnahmen sind längst bekannt und erprobt, werden jedoch nicht umgesetzt. Die Bundesregierung und ihre Drogenbeauftragte lehnen selbst eine Überprüfung des Betäubungsmittelgesetzes ab. Die Herausgeber des Alternativen

Drogen- und Suchtberichten fragen deshalb: Wie kann Deutschland in Zukunft eine wissenschaftlich fundierte Drogenpolitik sicherstellen?

Auch in diesem Jahr ist ein Alternativer Drogen- und Suchtbericht dringend notwendig. Weder die Bundesregierung noch ihre Drogenbeauftragte geben auf die brennenden Herausforderungen in der Drogenpolitik zeitgemäße und wissenschaftlich fundierte Antworten. Auf viele Fragen antworten sie sogar überhaupt nicht. Dabei könnte die Politik durchaus Rahmenbedingungen schaffen, die individuelle und gesellschaftliche Schäden, die durch Drogenkonsum entstehen, erheblich reduzieren würden. Stattdessen zementieren sie denn Stillstand. Da Drogenpolitik immer unmittelbar das Leben und die Gesundheit von Menschen und damit ihre fundamentalen Rechte betrifft, ist diese Untätigkeit in keiner Weise akzeptabel.

Das Thema Drogen ist zu ernst, um es parteipolitischen Interessen und Instrumentalisierungen zu überlassen. Vielmehr brauchen wir in Deutschland eine kontinuierliche, verlässliche und rationale Drogenpolitik, die an Sachlichkeit, wissenschaftlicher Evidenz und systematisierten Erfahrungen ansetzt.

Viel berechnete Kritik

Die globale Situation der Drogenpolitik befindet sich in einer Sackgasse und kann aus Sicht eines Menschen, der sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzt, als Desaster bezeichnet werden. Die demokratischen Staaten Europas haben für den schlechten Zustand der internationalen Drogenpolitik eine Verantwortung. Statt demokratische Alternativen vorzuleben, bestärken und legitimieren sie über die Prohibition autoritäre und diktatorische politische Systeme.

Die Kriminalisierung von Konsumierenden verhindert keinen Drogengebrauch, stigmatisiert die Betroffenen und führt zu Ausgrenzung. Dies verstärkt drogenbedingte Probleme und blockiert effektive Hilfsangebote. Wesentliche Aufgabenstellung der Drogenhilfe ist es, die entsprechende Zielgruppe mit Beratung, Begleitung, Gesundheits- und Lebenshilfe bis hin zu einer Ausstiegsunterstützung tatsächlich zu erreichen. Eine Entkriminalisierung der Konsumierenden würde die Situation der Drogenhilfe signifikant verbessern. Der Zugang zu Angeboten wäre für Betroffene, ohne Angst vor einer eventuellen Strafverfolgung, leichter.

Die gesetzlichen Regelungen zu illegalen Substanzen im Rahmen einer Straßenverkehrsteilnahme, zielen nicht auf die Trennung zwischen Konsum und Teilnahme am Straßenverkehr. Selbst bei Cannabis setzen Gesetzgeber und Verwaltung auf totale Abstinenz, nicht auf das Trennungsvermögen zwischen Konsum und Verkehrsteilnahme. Selbst wer illegale Substanzen konsumiert und unter deren direkten Einfluss öffentliche Verkehrsmittel nutzt oder nur zu Fuß läuft, kann der aktuellen Rechtslage zufolge die Fahrerlaubnis verlieren. Die Forderung vieler anerkannter Fachleute, die im internationalen Vergleich sehr repressive Gesetzeslage wissenschaftlichen Erkenntnissen anzupassen, bleibt bislang ungehört.

Die Gefährlichkeit von Drogen

Der Konsum psychoaktiver Substanzen kann sicher *gefährlich* sein, wird aber oft ziemlich undifferenziert ganz generell mit dem Label *gefährlich* versehen, auch wenn meist nicht eindeutig zu definieren ist, was genau daran *gefährlich* ist. Drogenkonsumierende konsumieren zudem komplex, meist mehrere Substanzen gleichzeitig oder in Abfolge, phasenweise oder ständig, ritualisiert in Gemeinschaft oder alleine, aus medizinischen oder rein aus Genussgründen, wenig, viel oder zu viel, aus sozialen oder genetischen Gründen, manchmal auch aus Überzeugung oder Abhängigkeit. Und daher ist es so schwierig, Gefährlichkeitsabschätzungen darüber zu machen, welche Substanz oder gar Substanzen nun wie und in welcher Kombination und unter welchen Voraussetzungen *gefährlich* sind.

Psychoaktive Substanzen sind immer auch Träger soziokulturell beeinflusster, individueller Bedeutungswelten und kollektiver Sinngebungen, die sich im Laufe der Zeit verändern. Der Versuch, psychoaktive Substanzen zu isolieren und Ursache und Wirkung auf das Individuum alleine an der Substanz festzumachen, muss daher scheitern. So handelt es sich schon alleine bei der Entscheidung, welche psychoaktiven Substanzen in einer Gesellschaft akzeptiert und somit legal und welche verboten sein sollen, um einen Prozess der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung, der sich teils

über Jahrzehnte hinweg zieht – und oft eher Ängste und Unwissen kondensiert als systematische Analysen.

In Großbritannien wurden in den Jahren 2007 und 2010 unter Federführung von David Nutt ähnliche Studien durchgeführt. Auch in diesen Studien ([Ein vernünftiger Maßstab zur Bewertung der Gefahren von Drogen](#) und [Alkohol ist die schädlichste Droge, noch vor Crack und Heroin](#)) wurde Alkohol stets als wesentlich gefährlicher eingestuft als Cannabis.

Entkriminalisierung mindert den Schaden

In einem umfassend angelegten Ranking über die Schäden gebräuchlicher Drogen kommen die Autoren van Amsterdam, Nutt, Philipps und van den Brink in ihrer Veröffentlichung „*European rating of drug harms*“ zu dem Ergebnis: „*Die EU und die nationalen drogenpolitischen Maßnahmen sollten den Schwerpunkt legen auf die Drogen – einschließlich Alkohol und Tabak – mit dem höchsten Gesamtschaden. Hingegen sollte Drogen wie Ecstasy und Cannabis ein geringerer Rang eingeräumt werden, was auch eine Herabstufung in der rechtlichen Bewertung einschließt.*“

In der Studie „[Ranking van drugs – Een vergelijking van de schadelijkheid van drugs](#)“ (Ranking von Drogen – Ein Vergleich von der Schädlichkeit diverser Drogen) des Rijksinstituut voor Volksgezondheid en Milieu in Bilthoven im Auftrag des Ministeriums für Gesundheit, Wohlfahrt und Sport haben 20 Experten die Gefährlichkeit von Drogen für das Individuum wie auch für die Gesellschaft untersucht. Zum Expertenteam gehörten Apotheker, Ärzte, Biologen, Epidemiologen, Psychiater, Toxikologen sowie Experten der Polizei. Die Niederländer untersuchten die akute sowie die chronische Toxizität von Drogen, das sogenannte Abhängigkeitspotenzial und zudem die individuelle sowie die gesellschaftliche soziale und allgemeine Schädigung. In den folgenden Abbildungen sind die Ergebnisse in der Übersicht dargestellt.

religionsfreiheit und Drogenfreiheit

Es gab eine Zeit, als die Obrigkeit im Auftrag der Kirchen meinte, sie müsse durchsetzen, was Menschen glauben dürften und was nicht. Andersgläubigkeit oder gar Nichtgläubigkeit wurde kriminalisiert und verfolgt. Es gab Sondergesetze, Sonderermittlungsbehörden und Sondergerichte. Die Gewalt des Staates in Sachen Religion nahm Formen des Terrors an. Dann weichte die Sache schrittweise auf und es galt: „*Cuius regio, eius religio*“ – wobei die jeweilige Landesmacht bestimmte, welche Religion zugestanden wurde. So gab es protestantische, katholische, sunnitische und schiitische Gebiete. Dagegen entstand eine zivile Oppositionsbewegung, die sich für eine umfassende Gewissensentscheidung jedes Einzelnen und jeder Einzelnen einsetzte. Die Niederlande unter Willem von Oranje waren eines der ersten Länder, in denen sich einstige Ketzer, Täufer als auch jüdische Menschen ohne Angst vor Verfolgung niederlassen konnten. Die Religionsfreiheit wurde unter großen Anstrengungen den Herrschenden abgerungen und sie stellt eine bedeutende zivilisatorische Errungenschaft dar. Jeder Mensch entscheidet frei, welchen Glauben er wählen oder ob er keiner Religion angehören will. Die Religionsfreiheit wurde in den Kanon der Menschenrechte aufgenommen und ist in jeder demokratischen Verfassung verankert.

Drogenpolitisch befinden wir uns noch in dem voraufklärerischen Zustand eines „*Cuius regio, eius pharmaca*“. Der bevormundende Staat will entscheiden, welche Drogen seine Untertanen nutzen dürfen und welche nicht. Dabei regeln dies Landesregierungen je nach Lust und Laune. Sie ist in den meisten muslimischen Ländern Alkohol kriminalisiert. In Bolivien wurde Koka relegalisiert, während weltweit sogar der harmlose Mate de Coca strafbewehrt ist. Psychoaktiver Hanfgebrauch ist ohne Verfolgung unter anderem in Uruguay, Colorado und in den Niederlanden möglich, doch in Saudi-Arabien, Vietnam oder Iran können Menschen wegen Besitz größerer Mengen hingerichtet werden. Die Drogenverbote sollen in inquisitorischer Tradition mit Sondergesetzen, Sonderermittlungsbehörden und Sondergerichten durchgesetzt werden. Die Gewalt des Staates in Sachen „*Prohibition*“ nimmt global Formen von Krieg und Terror an.

Wenn Menschen allein aus dem einen Grund, weil sie sich für eine bestimmte psychoaktive Substanz entschieden haben, ausgegrenzt und kriminalisiert werden und wenn Menschen allein aus dem einen Grund, weil Drogengebrauch zu ihrer Lebenskultur dazugehört, künstlich erzeugten Gesundheitsrisiken ausgesetzt oder gar in den Tod getrieben werden, dann haben wir es mit einer

Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu tun. Prohibition stellt eine Spielart gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dar.

Ein Lichtblick: Cannabisblüten werden verschreibungsfähig

Die Bundesregierung hat im Januar 2016 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes vorgelegt. Dieser sieht eine Verschreibungsfähigkeit von Cannabisblüten, die Erstattungsfähigkeit von Cannabis-basierten Medikamenten unter bestimmten engen Voraussetzungen sowie den Aufbau einer Cannabisagentur vor, die unter anderem den kommerziellen Anbau von Cannabis für medizinische Zwecke in Deutschland überwacht. Am 6. April 2016 verpflichtete das Bundesarbeitsgericht das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte, einem Patienten eine Ausnahmeerlaubnis zum Eigenanbau von Cannabis zu erteilen.

In Kanada, den Niederlanden, Israel und mehr als 20 Staaten der USA sowie Washington, D.C. ist die medizinische Verwendung von Cannabis mit einer ärztlichen Empfehlung bzw. Verordnung erlaubt. Aufgrund neuer Forschungen könnten etwa zwischen 1 und 2% der Bevölkerung westlicher Industrienationen mittel- bis langfristig Cannabis aus medizinischen Gründen verwenden, wenn dies möglich wäre. Dies entspräche übertragen auf Deutschland einer Zahl von 800.000 bis 1,6 Millionen Patienten. Ausgehend von diesen Schätzungen besteht somit aktuell in Deutschland eine deutliche Unterversorgung der Bevölkerung mit Medikamenten auf Cannabisbasis. Derzeit haben in Deutschland nur etwas mehr als 600 Patienten eine Ausnahmeerlaubnis des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte für die Verwendung von Cannabisblüten als Heilmittel.
Einstellungen

BZ Berlin

3. Alternativer Drogenbericht fordert Entkriminalisierung

In Berlin wurde heute der 3. Alternative Drogen- und Suchtbericht vorgestellt. Die Herausgeber fordern einen Kurswechsel von der Politik, setzen auf Prävention statt auf Strafverfolgung. Die Folgen der Kriminalisierung sind laut dem Bericht schwerwiegend: Marginalisierung von Betroffenen, Förderung krimineller Strukturen sowie hohe Kosten für die Strafverfolgung.

Pabst Publishers – Psychologie-online

06-06-16

Alternativer Drogen- und Suchtbericht: Wie falsche Statistiken entstehen und ein falsches Gesetz ignoriert wird

Alternativer Drogen- und Suchtbericht: Jugendliche rauchen immer weniger Tabak und konsumieren immer mehr Cannabis. Die offiziellen Statistiken - erhoben von der Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung - sind methodisch mangelhaft und unterschätzen das reale Ausmaß des Cannabis-Konsums. Auch die Statistiken der Polizei sind kaum aussagefähig, da viele Beamte die gesetzlich vorgeschriebene Strafverfolgung von Cannabis-Konsumenten für kontraproduktiv halten und daher oft unterlassen. Der "Alternative Drogen- und Suchtbericht 2016" bietet erneut ein kritisches Bild des staatlichen Umgangs mit illegalen Drogen.

Der Soziologe Dr. Bernd Wersé (Universität Frankfurt/M.) kommentiert in seinem Beitrag zum Bericht das Datenmaterial der Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung: "Nur jede_r 16te junge Erwachsene und jeder 45ste Jugendliche soll im zurückliegenden Monat gekifft haben? Diese verdächtig niedrigen Zahlen sind mit großer Wahrscheinlichkeit auf die Erhebungsmethode zurückzuführen: Die Daten basieren nämlich ausschließlich auf einer telefonischen Befragung. Im Klartext: ein_e Interviewer_in meldet sich per Festnetz oder Handy bei einem jungen Menschen (meist bei den Eltern wohnhaft) und fragt z.B., ob diese_r in den letzten 30 Tagen gekifft hat. Es braucht nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, dass nicht wenige hier die Unwahrheit sagen - oder erst gar nicht antworten." Wer gibt freiwillig den strafbaren Drogenbesitz zu?



Die Soziologin und Kriminologin Svea Steckhan (Polizeiakademie in Hamburg) registriert, dass große Teile der Polizei die Pflicht zur Strafverfolgung von Drogenbesitz für kontraproduktiv halten - eine oft sinnlose Vergeudung polizeilicher Ressourcen. Daher "übersieht" der eine oder Beamte u.U. das Delikt. Kollektives Übersehen kann allerdings auch organisiert werden, wenn eine interne Anweisung gegeben wird, die Wahrnehmung nur auf bestimmte Bereiche zu fokussieren bzw. im Sinne des Ressourcenmanagements Prioritäten zu setzen. In Polizeikreisen beobachtet Svea Steckhan den Wunsch nach einer Gesetzesänderung: Die Strafverfolgungspflicht sollte durch eine Strafverfolgungsmöglichkeit ersetzt werden; das heißt: Der Besitz illegaler Drogen dürfe nicht mehr als Straftat, sondern nur als Ordnungswidrigkeit eingestuft werden. Die Beamten sollen also je nach Situation entscheiden können, ob und wie sie einschreiten.

[3. Alternativer Drogen- und Suchtbericht 2016. Pabst, 276 Seiten. Paperback ISBN 978-3-95853-193-2. eBook ISBN 978-3-95853-194-9 \(http://www.ciando.com\)](#)

RP-online

18. Mai 2015 | 12.47 Uhr

Alternativer Drogen- und Suchtbericht 2015

Experten fordern radikale Umkehr in der Drogenpolitik

Berlin. Mehr als vierzig Jahre nach Verabschiedung des Betäubungsmittelgesetzes fordern Experten eine Umkehr im Kampf gegen Drogenrisiken.

"Seit 1971 haben der Betäubungsmittel-Konsum und die -Abhängigkeit in damals unvorstellbarer Weise zugenommen und besonders in der Gruppe der Heroinabhängigen zu dramatischen Gesundheitsrisiken geführt", stellt der Alternative Drogen- und Suchtbericht 2015 fest, der am Montag in Berlin vorgestellt wurde. "Das Gesetz hat nicht nur sein Ziel verfehlt, sondern verhindert weiterhin sogar schadensbegrenzende Maßnahmen."

Verbot und Strafe alleine griffen viel zu kurz. Der Gesetzgeber müsse endlich Instrumente wie Pilotprojekte zur kontrollierten Abgabe von Cannabis oder "drug-checking" zulassen. Dabei können Konsumenten illegale Drogen auf ihre Inhaltsstoffe untersuchen lassen, so dass sie sich nicht - eventuell tödlich - vergiften.

In der Suchttherapie gehe es längst oft nicht mehr darum, dauerhaft komplett von allen Suchtmitteln loszukommen. Ärzte und Therapeuten wollten oft eher ein möglichst gesundes Überleben ermöglichen, den Konsum vermindern und abstinenten Perioden verlängern.

"Drogenkonsumenten sind vor dem Gesetz immer Kriminelle"

Drogenkonsumenten seien vor dem Gesetz immer Kriminelle, weil Erwerb und Besitz verboten sind. Der illegale Status verhindere bei Überdosierungen und Vergiftungen nicht selten, dass Mitkonsumenten schnell Hilfe holen - sie fürchten die Polizei.

An diesem Donnerstag stellt die Bundesdrogenbeauftragte Marlene Mortler (CSU) den offiziellen Drogenbericht der Bundesregierung vor. Der alternative Bericht versteht sich als Gegenstück. Es ist der zweite dieser Art. Er wird herausgegeben von akzept, dem Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik, der Deutschen AIDS-Hilfe und dem Selbsthilfe-Netzwerk JES Bundesverband.

Der Bundesregierung werfen die Autoren Kurzatmigkeit und mangelnde Einsicht vor. Viele Vertreter der Polizei würden längst eingestehen, "dass das Drogenverbot mit polizeilichen Mitteln weder jetzt noch in Zukunft durchgesetzt werden kann". Illegale Drogen begleiten die Gesellschaft - weil sie von bestimmten Menschen gegenüber den legalen Substanzen Alkohol und Tabak bevorzugt werden.